

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Nech'hen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
M. 1.50. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
vertrieb, sowie im Post-
amt, Berlin, M. 1.80. Post-
bestellbar. Preis 10 Pf.
Bei Abnahme von 6 Monaten
besteht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Aussträgerinnen
jederzeit entgegen.
Verantwortl. Nr. 4.
Herrn Dr. H.
D. R. - Druckerei Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Zeile
über deren Raum 25 Pf.
Reklame-Zeile 50 Pf.
Kollektio-Anzeigen 100
Proz. Zuschlag. Offerte
und Anzeigenentwurf
20 Pf. Bei größeren
Anzeigen Rabat, der
im Falle des Abnahmever-
fahrens hinfällig wird,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Fortfüh-
rungen treten sofort ab-
wärts. Berechnungen
über Kopf.
Gerichtshand für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Nachr. wird keine
Gebühr übernommen.

Nr. 11.

Samstag den 14. Januar 1928.

86. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Nach ostwärtiger Pause trat in dieser Woche zum erstenmal im neuen Jahr wieder das Plenum des Landtags zusammen, um neben kleineren Vorlagen vor allem den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1928 in zweiter und dritter Lesung zu verabschieden. In der Zwischenzeit war der Etat durch den Finanzausschuss gegangen mit dem Erfolg, daß das ursprüngliche Defizit in der Regierungsvorlage in Höhe von 103 Millionen Mark infolge der Ausgabenparagrafen auf 144 Millionen Mark erhöht ist. Es bedarf einer starken Selbstbeschränkung des Landtags, diese ungeheure Summe nicht noch weiter zu erhöhen, eine Gefahr, die diesmal umso größer ist, als Landtagswahlen vor der Tür stehen. Wie der Finanzminister in einer Finanzausschussung mitgeteilt hatte, besteht eher Aussicht, daß infolge der erhöhten Steuereingänge und der höheren Steuerüberweisungen durch das Reich es gelingen wird, das Jahr 1928 doch noch ohne Defizit abzuschließen, wozu nicht die Parteien durch neue Agitationsparagrafen den Handball zu sehr belasten.

Einen breiten Raum nahm in den ersten Tagen nach Landtagsaufenthalt die Debatte über die kommende Verwaltungs- und Verfassungsreform des Reiches und der Länder ein. Die Frage ist in diesen Tagen umso mehr akut, als schon am 17. und 18. Januar d. J. in Berlin eine Vorkonferenz stattgefunden, auf der der vormalige Staatspräsident Dr. Brüning über diese Fragen ein wichtiges Referat gehalten wird. Ueber die Vorbereitungen zur Konferenz ist bis jetzt wenig bekannt geworden. Die Reichsregierung gedenkt der Konferenz aber eingehende Vorschläge zu unterbreiten. Auf der anderen Seite haben auch die Länder Gelegenheit, ihrerseits Anträge zu stellen. Vor den Wahlen aber ist erklärlicherweise keine Partei ernstlich bereit, an dem bestehenden Zustand etwas ändern zu lassen. Politische Entscheidungen werden daher auf der nächsten Vorkonferenz kaum getroffen werden; sie wird höchstens den Charakter einer vorbereitenden ersten Aussprache haben.

Zur Förderung der Besprechungen nach einer Verfassungsreform hat Reichsminister a. D. Dr. Luther einen Bund zur Erneuerung des Reiches gegründet, dem Männer aus fast allen Parteien, vor allem aus der Wirtschaft, beigetreten sind. Die politischen Parteien selbst haben die Neugründung ziemlich kühl aufgenommen, ja von sozialdemokratischer Seite wurde sie direkt als unnütze Vereinnahmung bezeichnet. Die eigentlichen Ziele der Neugründung sind auch wirklich noch nicht recht zu erkennen, da der Auftrag des Bundes nur ganz allgemein gehalten ist und keinen bestimmten Weg weist. Man wird erst versuchen müssen, sich auf einen gemeinsamen Plan für den Neuaufbau des Reiches zu einigen. Mehr als eine Klärung der Begriffe und eine Veranschaulichung einzelner Ziele wird kaum zu erreichen sein, die praktische Arbeit aber wird doch nur von den Parteien in den Parlamenten geleistet werden können.

Frankreich hat auf seinen Vorschlag an die Vereinigten Staaten, einen Krieg zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten als ungeschwächt zu erklären, eine unerwartete Antwort erhalten. Amerika lehnte nämlich einen solchen Sondervertrag mit Frankreich ab und bezeichnete einen Verzicht auf jeden Krieg, also auch Angriffsriege, einen Verzicht des allerwichtigen Wächters, also Deutschland, betreten sollen, als ehrenlos. Diese Antwort hat in Frankreich sehr enttäuscht. Frankreich befindet sich nämlich, daß, falls Deutschland mit Amerika einen solchen Vertrag eingetragene, Amerika im Falle eines deutsch-französischen Krieges Frankreich nicht mehr zu Hilfe kommen könnte. Die Vereinigten Staaten sind sich über die Schwierigkeiten ihres Vorschlags wohl bewußt und die Abwicklungsverhandlungen in Genf haben gezeigt, daß mehr als unverbindliche Erklärungen von den Hauptmilitärmächten vorerst kaum zu erlangen sein dürften.

Deutschland.

Mainz, 13. Jan. Das Finanzverbot für den Flughafen Wiesbaden-Mainz ist durch die Besatzungsbehörde aufgehoben worden. Wie zuverlässig verlautet, hat die Besatzungsbehörde ferner nach Saarbrücken und Köln genehmigt.

Die Entenostlandarbeiten für 1928.
Stuttgart, 13. Jan. Die Regierung hat auf eine kleine Anfrage wegen der Entenostlandarbeiten was folgt geantwortet: Die Württembergische Rentenbank hat seinerzeit nach Verhandlungen mit der Regierung dem württembergischen Spar- und Giroverband 2 Millionen RM zu Rentenostlandarbeiten für Umweitergebäude überlassen. Der Betrag kamme aus den Postbüchergeldern, die die Oberpostdirektion Stuttgart der Rentenbank überlassen hatte. Eine allgemeine Verlängerung der Rückzahlung und ein allgemeiner Verzicht auf die Rückzahlung kann schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil ein Teil der Geldbeträge bereits zurückerstattet worden ist. Soweit die Darlehen aus besonderen Gründen am Verfalltag nicht zurückbezahlt werden konnten, wurden sie von den beteiligten Stellen den Amtskörperchaften in dem Sinne, den die Oberpostdirektion jeweils bestimmt, bis auf weiteres ohne Aufsatz gestundet. In besonderen Notfällen kann die Zentralleitung für Wohltätigkeit mit Beiträgen aus der Notstandsrichtlinie gebeten werden.

Der bayerische Bauernführer Dr. Heim für den Bund zur Erneuerung des Reiches.
Nach Mitternachtsstunden aus München hat der Vorsitzende des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Reichsanwalt a. D. Dr. Luther, während seines Münchener Aufenthaltes auch eine Unterredung mit Geheimrat Dr. Heim gehabt. Dr. Heim soll sich im Gegensatz zu dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Geil der Neugründung gegenüber nicht ablehnend verhalten haben. Die „Reichszeitung“ sagt, daß die Unterabteilung des Bundes durch den Bauernführer gestützt sei, und zwar deshalb, weil Heim darin ein Augenmerk darauf legt, daß die Weimarer Verfassung allgemein als verbesserungsbedürftig betrachtet werde. Nach der „Reichszeitung“ habe Dr. Heim in der Lutherischen Versammlung eine Art Sammelruf erteilt, den die Bayerische Volkspartei nicht überhören dürfe. Er forderte

deshalb die Partei zur Mitarbeit auf. Der frühere bayerische Innenminister Dr. Schöcher ist in den Arbeitsausschuß des Bundes eingetreten.

Die Rheinlandkommission sucht sich zu verteidigen.
Die kürzlich verbreitete Meldung über eine Verfügung des General-Gauleiters, die das Verbot der Befehlsstrafen gegenüber der Zivilbevölkerung betrifft, ist von der Rheinlandkommission als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet worden. Demgegenüber kann versichert werden, daß eine derartige Anweisung tatsächlich vorliegt. Der Sachverhalt ist es natürlich gleichgültig, ob es sich um einen „Befehl“, eine „Verfügung“ oder eine „Anweisung“ von internen militärischen Kreisen handelt.

Die Beratung des Schulgesetzes.
Berlin, 12. Jan. Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde heute Paragraf 13 des Reichsschulgesetzes in folgender Fassung angenommen: Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat. Die Zahl der Schulleitenden darf die Zahl der den örtlichen Schulverwaltungsgremien angehörenden Vertreter der Lehrerschaft nicht übersteigen. Bei der Befugnis der Schulleitenden die am unmittelbar nach dem Schuljahresbeginn zu besetzenden Stellen nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen. In die örtlichen Schulverwaltungsgremien für Schulen, in denen Religionsunterricht erteilt wird, gehören auch Vertreter der Religionsgemeinschaft aufzunehmen. Den Schulleitenden beruht die Schulaufsichtsbefugnis auf Vorschlag der betreffenden Religionsgemeinschaft. Das Nähere bleibt dem Landesrecht überlassen. In den Ländern, in denen der örtlichen Schulverwaltungsgremien auch Aufgaben der Landesverwaltung übertragen sind, ist die Teilnahme dieser Vertreter der Religionsgemeinschaften an der örtlichen Schulverwaltung durch Landesgesetz zu regeln. Der Zentralvorstand des Reichs wird die Stellung des Zentrums zum Religionsunterricht fest durch das gesamte katholische Verbleiben bestimmen. Die angeordnete gesetzliche Regelung könne das Zentrum deshalb nur als Kontrollorgan betrachten. Der Ausschuss wandte sich dann dem Paragrafen 14 und 16 der Vorlage zu, die den Religionsunterricht in den Volksschulen und die Einführung in den Religionsunterricht behandeln. Abgeordneter Dr. Baum (Dn.) begründete den geltend gemachten Kompromißantrag der Regierungsparteien. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Die Aussichten des Schulgesetzes. — Der kritische § 20.
Berlin, 12. Jan. Ueber die Situation in den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz erfahren wir aus dem Reichstags, daß man in leitenden Kreisen der Deutschen Volkspartei von der gestern erzielten Regelung des § 16 durchaus befriedigt ist. Es wird darauf hingewiesen, daß die geistliche Schulaufsicht durch die heutige Form des § 16 ausgeschlossen ist. Die Einführung habe nur den Charakter der Information und schließe jede Kritik, Anordnung und Kontrolle des Religionsunterrichtes durch die kirchlichen Behörden aus. Das einzige Recht des Einflußnehmens bestehe darin, wenn der Religionsunterricht noch einer Anweisung nicht den Lehren der Kirche entspreche, eine Eingabe an die vorgesetzte Schulbehörde zu machen. Dieses Recht sei jedoch kein Sonderrecht, sondern bestehe ebenso allen Eltern zu. Verteidigung herrsche in volksparteilichen Kreisen auch über das Kompromiß, das die Beauftragung des Ortsgeistlichen als solchen ausschließt. Die Worte „als solchen“ bedeuten, daß man dem Geistlichen an sich nicht die Einbeziehung in die Beauftragung nehmen wolle. Er kann den Auftrag aber nur bekommen, wenn er gleichzeitig in den „oberen Stellen“ gebört. Im weiteren Verlauf der Beratungen soll noch festgelegt werden, daß nicht durch Ausführungsbestimmungen der Länder aus den Worten „als solchen“ die frühere geistliche Schulaufsicht auf Umwegen wieder eingeführt wird. Ferner wird betont, daß die Rücknahme nach der Regelung des § 16 für den Staat gleich null sei, da die Einführung eine Angelegenheit der Kirchen ist. Im Gegensatz zu dieser Beurteilung des § 16 sieht man in teilsweilen volksparteilichen Kreisen die Aussichten des § 20 (Simultanschuländer) sehr pessimistisch an, nachdem die Parteien bei den gestrigen Beratungen erklärt haben, daß sie nicht in der Lage seien, einem Kompromiß zuzustimmen. Der § 20 wird wahrscheinlich in der nächsten Woche zur Beratung stehen. Die einzige Möglichkeit ihn durchzuführen, wird nach der angegebenen Quelle darin gesehen, daß die Sozialdemokratie entsprechend ihren Kreis Schulschließungen für den volksparteilichen Standpunkt nimmt, der die bisherigen Simultanschuländer dauernd von der Neuregelung ausnehmen will. Unklar wäre aber auch in diesem Falle die Haltung des Zentrums sein, so daß jedenfalls im Augenblick trotz des Kompromisses über den § 16 die Aussichten des Schulgesetzes noch immer außerordentlich zweifelhaft sind.

Keine weitere Mißbilligung in absehbarer Zeit.
Berlin, 12. Jan. Der Staatsaltersrat des Reichstags wandte sich gestern nach dem Ausschluß dem Etat des Reichsarbeitsministeriums zu, dessen Beratung Reichsarbeitsminister Dr. Brauns einleitete. Der Minister wies darauf hin, daß die gute Konjunktur wesentliche soziale Fortschritte erleichtert habe. Die Annahme der Arbeitsverträge werde mehr als früher gewährleistet durch die Einführung der Arbeitsgerichte, die reibungslos vor sich ginge. Der Arbeitsrat habe ebenfalls eine wesentliche Angelegenheit erledigt. Der Gedanke der Verwaltungsreform werde auch auf dem Gebiet der Sozialversicherung Anwendung finden müssen. Die Arbeitsmarktentwicklung sei in letzter Zeit ungünstig. Das erkläre sich in der Hauptsache aus dem winterlichen Wirtschaftsverhältnissen. Der Minister erklärte weiter die Bestrebungen zur Verbilligung des Bauens. Für eine Erziehung der gesetzlichen Miete beste die Reichsregierung den Zeitpunkt in absehbarer Zeit nicht für gegeben. Ganzfrier als das Wohnungswesen habe sich das Mietungsproblem entwickelt. Die Kosten des Wohnungswesens würden in der Öffentlichkeit unheimlich übertrieben. Sie betrügen tatsächlich nur 3,5 bis 4 Prozent der Ausgaben für die gesamte Mietsunterhaltung. Der Minister schloß mit der Feststellung, daß auf Jahre schwerer Erleichterung der sozialen Verhält-

nisse eine schrittweise oder planmäßige Aufwärtsbewegung erfolgt sei.

Unfreundliche sozialdemokratische Kritik am Ernährungsbund.
Berlin, 12. Jan. Raben alle Parteigänger haben sich zu dem Ernährungsbund zunächst kühl und abwartend geäußert. Der „Vorwärts“ aber äußert sich unfeindlich und wegwerfend. Der „Vorwärts“ ist einem von den drei sozialdemokratischen Unterzeichnern, dem früheren brennischen Ministerpräsidenten Paul Dirlsch, der seit einiger Zeit als Bürgermeister in Dortmund amtiert, ins Geheiß gegeben. Er schloß dem „Vorwärts“ folgende Erklärung: „Gelegentlich einer Zusammenkunft der Landesdirektoren im Sommer vorigen Jahres bin ich von einem der Teilnehmer gebeten worden, einen Aufsatz zu Gunsten einer Bewegung für den Ernährungsbund zu unterzeichnen. Ueberzeugt von der Notwendigkeit, daß die Errichtung der ernährungsrechtlichen Republik eine der wichtigsten Aufgaben ist, und daß nichts versäumt werden darf, was uns diesem Ziel näherbringt, habe ich mich dazu bereit erklärt und die Unterzeichnung gegeben. An irgend einer Besprechung habe ich nicht teilgenommen. Insbesondere nicht an der Gründungsversammlung. Nachdem ich erkannt habe, was hinter der Bewegung steckt und nachdem ich weiter gesehen habe, daß die Landesparteien aus dem Aufsatz Kapital für sich zu schlagen suchen, habe ich dem Ausschuss mitgeteilt, daß ich meine Unterzeichnung zurückziehe. Irrend welche Beziehungen zu dem „Bund zur Erneuerung des Reiches“ habe ich nicht.“

Deutsche Initiative bei der Aufhebung der Reparations-Schlichtungen.
Berlin, 13. Jan. Der „Matin“ hat behauptet, daß die deutsche Regierung von den Reparationsbetrügereien gewußt habe. Dazu erklärt die „Germania“, daß das deutsche Sachverständigenbüro in Paris Anfang Dezember Verhandlungen nehmen mußte, den französischen Sachverständigen auf Unheimlichkeiten aufmerksam zu machen, die ausnehmend bei einigen Reparationsverträgen obwalteten. Daraufhin veranlaßte Untersuchungen hatten den Verdacht unzulässiger Geschäfte bekräftigt, worauf der französische Minister für Heilliche Arbeiten die Praktiken der verurteilten Gebiete angewiesen hat, in eine Preisbegrenzung der vorgelegten Reparationsverträge einzutreten. Es muß also festgestellt werden, daß gerade die deutschen Instanzen es waren, die zuerst auf die Schlichtungen hinwiesen und den Anlaß zu ihrer Aufhebung gaben.

Ausland.

Zur Fortsetzung der Sowjetausstellung in Brüssel.
Die gemeldeten Studentenaufrührungen erregten sich bei der Eröffnung der von der Gesellschaft für intellektuelle Beziehungen zwischen Belgien und Russland veranstalteten Ausstellung. Als sie die Fortsetzung vollendet hatten, zogen sich die Studenten geschlossen zurück, wobei sie Flugblätter vertrieben, die die Unterzeichnung trugen: „Die nationale belgische Jugend“. Auch auf der Straße verteilten sie dezentrierte Flugblätter, die die Forderung enthielten, die Belgier möchten sich gegen die Sowjetvereinigen. Zwei Teilnehmer an den Ausschreitungen erklärten der „Nation Belge“: Wir haben so gearbeitet, um gegen die Schamhaftigkeit von Allgen zu protestieren. Wir haben uns jeder Gewalttat gegen Personen enthalten.“

Herriot droht mit Demission.
Paris, 13. Jan. Die heftige Kommunistenschlacht in der Kammer hat keine zufriedenstellende Sieger geschaffen. Die Spannungen zwischen rechts und links sind durch die gestrigen Abstimmungen nicht entladen. Jedermann hat den bestimmten Eindruck, daß der gestrige Tag keine dauernde Lösung gebracht hat. Besorgend für den unklaren Ausgang der Kontroverse ist die Tatsache, daß nachträglich außerordentlich starke Vertretungen an den Abstimmungsresultaten vorgenommen wurden. Anstatt eines Stimmenergebnisses von 310 gegen 27, wie es von der Kammertribüne aus verkündet wurde, meldet heute das „Journal“ offiziell nur noch 26 Stimmen gegen 176 Stimmen. Der Grund für diese auffallende Änderung bildet die Demissionsdrohung des Unterrichtsministers Herriot. Die Fragestellung war derart akut, daß eine Delegation der radikalen Partei unter Führung des Fraktionspräsidenten Cazals nach der Kammerstimmung zu Herriot eilte, um mit ihm zu verhandeln und ihn zu bitten, seine Demission nicht einzureichen. Die Anklagenbeschwerden dauerten außerordentlich lange an und endeten damit, daß rund 30 Radikale, die anfänglich gegen die Regierung gestimmt hatten, sich nachträglich der Stimme enthielten. Nur noch 21 brachten den Mut auf, auch jetzt noch dem Parteiführer Daladier treu zu bleiben. Herriot hat daraufhin durch seine Freunde alle Demissionsgerüchte dementieren lassen.

Nach-Weiser bei Briand.
Paris, 13. Jan. Die Verhandlungsglieder der Bancruptrischen Liga, unter denen sich auch der Reichsstaatssekretär nach-Weiser befindet, wurden gestern von dem Deputierten Vauclair dem Außenminister Briand vorgestellt, der sich des längeren mit ihnen unterhielt. Briand sagte der Delegation zu, er werde auf dem nächsten bancruptrischen Kongreß das Wort ergreifen. Er äußerte sich sehr zuversichtlich über den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa und machte auch mit großer Betriedigung auf die Tendenzen Moskows aufmerksam, mit den europäischen Hauptmächten in ein gutes Einvernehmen zu kommen.

Italienisch-französischer Grenzstreifenfall.
Aus Lyon wird gemeldet: Ein neuer Grenzstreifenfall hat sich an der französisch-italienischen Grenze ereignet. Zwei Grenzdarmer und zwei Zollbeamte, die eine Rechtecke ausmessen wollten, trafen auf französischem Boden zwei Kilometer von der italienischen Grenze zwei italienische Grenzdarmer. Die Grenzdarmer ergriffen die Hunde. Die Franzosen verfolgten sie auf Ebern und ergriffen sie, noch ehe die Italiener die Grenze passieren konnten. Die beiden Italiener trugen geladene

Warenlager in
Konfektion
gen Preisen!
Kleider
guten Qualitäten
teilweise bis
des Wertes
Gold- u. Silberarbeiter,
stille Birkenfeld.
Januar 1928, mittags 2 Uhr.
Versammlung
Um volljähriges Erscheinen
Der Vorstand.
Bestände
kommen und fort!
Rabatt
%
Möbel
Birkenfeld.
Suche auf 1. Februar oder
1. März schöne
2 Zimmer-Wohnung.
Angebote unter Nr. 56 an
die Agentur ds. Bl. erben.

Polenmärkte stehen nach wie vor
das Kaufinteresse hält
hoch, bleiben aber gegenüber
Stark gefragt ist vor allem
Kaufkraft.

Nachrichten.

Präsident hat dem würr. Major
zum 80. Geburtstag
als kameradschaftlichen Gruß
als ehemaliger Kämpfer von
Unterstützung zugehen lassen. Unter
sich befinden sich solche von der
„In treuem Gedenken“, vom
„St. Gallen“, vom Stuttgarter Oberbürger
meister und Reichstagsabgeordneten
H. und Reichstagsabgeordneten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Verhandlungen der Vertrauens-
kommissionen des Reichstags
wieder aufgestellt. Als dritte
von Sommersemester ebenfalls
über die Angelegenheiten der
Schuldenaufnahme im Frühjahr als
Schwedens bereits Verhandlungen
über die Angelegenheiten über eine
Broschüre, die bis jetzt dem Land-
tag vorgelegt ist.

Paris, 13. Jan. Die Haas berichtet, hat Außenminister Briand
heute mittig ein Briefschreiben verfasst, an dem der frühere Reichs-
kanzler Dr. Brüning, der deutsche Botschafter in Paris, die Vorsitzenden
des Senats bzw. Kammerpräsidenten für auswärtige Angelegenheiten,
Senator Lucien Hubert und der Abgeordnete Paul Boncour, sowie
der französische Völkerbunddelegierte, Abgeordnete Coustaut, teil-
nahmen.

Philadelphia, 13. Jan. In der Vorstadt Germantown wurde
das Gemeindehaus durch einen lebensfähigen Knaben, der versehentlich
ein brennendes Zündholz fallen ließ, in Brand gesetzt. Fünf
Kinder litten den Tod.

Winnipeg, 13. Jan. Carl Nelson, genannt der Schillmann,
der etwa 20 Frauen und Mädchen in den westlichen Staaten Amerikas
ermordet hat und am 5. November zum Tode verurteilt worden
war, ist heute vormittag durch Erhängen hingerichtet worden.

Mexiko, 13. Jan. Die Polizei verhaftete heute einen jungen
Maurer unter dem Verdacht, Frau Wiedler, die Gattin eines deutschen
Bauhalters am 10. Jan. ermordet und beraubt zu haben. Als der
Verhaftete einen Fluchtversuch machte, wurde er von der Polizei er-
schossen.

Wirtschaftsfragen im Landtag.

Stuttgart, 13. Jan. Im Landtag wurde heute ein sozial-
demokratischer Antrag betr. Aufhebung der württembergischen
Gesamtheit in München gegen die Stimmen von Sozialdemo-
kraten, Kommunisten, Demokraten und Deutscher Volkspartei
abgelehnt und ein Ausschussantrag betr. Einschränkung der Teil-
nahme der Minister an Reichstagsarbeiten angenommen. Dann be-
gann das Haus die Beratung des Staats des Wirtschaftsmi-
nisteriums. Der Ausschuss hatte beschlossen, als Vertrag für ge-
meinnützige Arbeitererleichterung 1500 Mk. zu bewilligen. Der
Abg. Weimer (Soz.) beantragte die Erhöhung dieser Beiträge
auf 20000 Mark und führte weiter aus, dass die in der Arbeit-
sicherheit durchgeführte Rationalisierung auf Kosten der Arbeit-
nehmer erfolgt sei. Nachdem was man bisher erlebt habe, sei
von der Einführung einer sozialen Reichsregierung jeder be-
wusste Mensch geteilt. Der Abg. Stöck (N.D.) schilderte
die Notlage der Landwirtschaft. Das Landleben sei kein men-
schenwürdiges Dasein mehr. Im geringen Lohn müsse man
schon abstrafen und abschneiden. Die Erhöhung der Steuer-
last sei ein Stöckel. Unter diesen Umständen dürfe man sich
nicht wundern, wenn die Bauern die Erhöhung der Beamten-
gehälter ablehnen und sich ausdauern wollen, dass durch die
Ausgestaltung der Erwerbslosensfürsorge viele Arbeitskräfte
vom Land in die Stadt gedrängt seien. Der Abg. Roth (Dem.)
bezeichnete es als unerhört, dass Staatspräsident Bäumler die
Rede Dr. Schöller als eine fähige Benauberarbeit bezeichnet
hätte. Die Demokratie verbitte sich, dass der Staatspräsident
ihre Führer mit Spott und Hohn verfolge und sie beleidige.
Der Redner betonte dann die Notwendigkeit des Exports zur
Verbesserung der Handelsbilanz und bezeichnete einen Zollschutz
für die Landwirtschaft in der Kriegszeit als zusätzlich der Welt-
wirtschaft als ausserordentlich. Der Abg. Schneider (N.D.) be-
merkte die zu geringen Entschädigungen für die Enteignung
bei den Bahnarbeiten in England und nannte die Reichs-
bahngesellschaft eine internationale Erwerbsgesellschaft mit un-
ausgeglichenen Rückstellungen. Der Abg. Kautz (Dem.) trat
dafür ein, dass die Oberposition für das alte Postamt in
Schweiningen, das seit 2 Jahren leer steht, einen niedrigeren
Nutzungsverlangen. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Weimer
(N.D.) wurde die Debatte auf Samstag vertagt.

Die Staatsvereinbarung in Bayern.

München, 13. Jan. Der Entwurf eines Gesetzes über die
Staatsvereinbarung in Bayern wurde dem Landtag vorgelegt.
Er sieht vor, dass im Reich der Bundesministerien bis
1. April 1923 die Zahl der Besoldungsbekanntmachungen um mindestens
10 v. H. gegenüber dem Rechnungsjahr 1922 zu vermindern
sind. Für Besoldungsgebiete, z. B. wie z. B. das Reichs-
gebiet, aus inneren Gründen von größeren Personalabbau
nicht getragen, sollen mit Zustimmung des Finanzministers be-
sondere Richtlinien aufgestellt werden. Von der Verringerung einer
großen Anzahl Beamten auf Kriegzeit soll abgesehen werden.
Durch die Verminderung der Amtszahl soll neben der Er-
leichterung des Auscheidens älterer Beamter vor allem die
Regelung des Nachwuchses erreicht werden. Im ganzen wird inner-
halb der nächsten 5 Jahre mit der Einstellung von etwa 2000
bis 3000 Stellen und einer Setzung der Besoldungs- und Personal-
ausgaben um jährlich etwa 14 Millionen Mark gerechnet.

Kaiserliche Gesandtschaft des Reichsministers.

Berlin, 13. Jan. Reichsminister Dr. Gessler hat
heute mittig dem Reichspräsidenten von Hindenburg sein Ab-
schiedsgesuch eingereicht. Wie zu erfahren, ist der Reichs-
minister zum endgültigen Rücktritt von seinem Amt entschlossen.
Das Gesuch dürfte vom Reichspräsidenten angelehnt der
Gründe, die Dr. Gessler ausserordentlich genehmigt werden. Dr.
Gessler verweist nämlich auf schwere Schicksalsschläge, die
er während der letzten Jahre erlebt hat. Dr. Gessler hatte
ja während der letzten Jahre verlobt seine Absicht angekün-
digt, sich ins Privatleben zurückzuziehen, zuletzt und am ent-
scheidendsten nach dem Tode seines zweiten Sohnes. Anderer-
seits sind von mehreren Seiten Mahnungen im Gange, Gessler zu
halten. Dr. Gessler's Absicht werden soll, ist noch
nicht bekannt. Eventuell wird ein Privatforum mit General
Hege, dem Ober der Reichswehrmacht. Diese Frage soll aber
nach dem 19. Januar, entschieden werden.

Die Berliner Presse zum Reichsgesetz Dr. Gessler's.

In dem von Dr. Gessler i. Reichspräsidenten und dem
Reichsminister zum Ausdruck geäußerten Wunsch, von seinem
Amt als Reichsminister zu scheiden, nimmt bisher nur ein
Teil der Berliner Mäglichkeit. In der „Deutschen Allg.
Zeitung“ heißt es: Mit aufrichtiger Bewunderung sieht das deutsche
Volk einen Mann, der acht Jahre hindurch den mühsamen
Wiederbaufrieden des Reichs nicht nimmermüde Treue ge-
leistet, der ihm Gesundheit und Lebenskraft geopfert hat,
aus den Reihen der aktiven Führer scheidet. Das
Beste, was ein Mann und Volk von seinem Wirken erhoffen
kann, ist geschehen: sein Werk geleistet! In der „Zagl.
Rundschau“ wird ausgeführt: räumliche politische Gründe
dürften für die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse nicht vorhan-
den sein. Dr. Gessler's Gesundheitszustand hat unter den letzten
Schicksalsschlägen, besonders dem Tode seiner Mutter, sehr
gelitten. Wie es scheint, kommt Reichsgesetz diesmal
eine erhöhte Bedeutung zu so man mit einem Wechsel auf
dem Posten des Reichsministers wird rechnen müssen. Im
Gegensatz zur „Zagl. Rundschau“ das „Berliner Tageblatt“
der Ansicht, dass nicht nur persönliche und Gesundheitszustand
für den Rücktrittswunsch des Reichsministers ausschlag-
gebend sind, sondern dass auch ganz politische Situation
maßgebend mitzureden. Es ist sehr lobhafte Reichs-
debatte im Parlament zu erwarten, der sich Gessler offenbar
nicht mehr gewachsen fühlte. Der „Deutsche“ betont:
Die Reichswehr hat sich einer hohen und sicheren
Stärke des Staates entwid. Daran hat Gessler zweifel-
los große Verdienste. Der „Wirts.“ schreibt: Der Reichs-
minister Dr. Gessler ist, müssen auch seine Gegner
ihn nachtragen, nie ein Abgeworfener. Er hat schon in
früheren Jahren oft seinem Bau nach einer weniger beson-
nungswürdigen Tätigkeit in der Weise Ausdruck gegeben,
dass an seiner Rücktrittswunsch nicht zweifeln war. Später tra-
ten schwere Schicksalsschläge in Familie und eigene Kran-
keit dazu, um den Wunsch zu stärken. Sein Abschieds-
gesuch kommt der Regierung an diesem Augenblick ebenso
willkommen wie in früheren Jahren für die Erblichkeit, die
Gessler hinterlässt, ist nicht so: ein Erbe zu finden. Ein

jezt zu ernennender Reichswehrminister wäre doch nur ein
Binghaber für den Namen, der nach den nächsten Wahlen
kommen wird.

Verhandlungen über Dr. Gessler's Nachfolge.

Berlin, 13. Jan. Wie wir von gutunterrichteter parlamen-
tarischer Seite erfahren, muß es nunmehr als sicher gelten,
dass Reichswehrminister Dr. Gessler die Leitung seines Mini-
steriums tatsächlich niederlegt. In politischen Kreisen nahm
man heute mittig noch an, dass die Bemerkungen, namentlich
des Reichspräsidenten, doch noch dazu führen würden, dass Dr.
Gessler bis zur Neuwahl des Reichstags im Amt bleibe. Die
Befürwortungen, die diesem Ziele dienen sollten, haben aber be-
reits gehen stattgefunden und nur zu dem Ergebnis geführt,
dass der Rücktritt Dr. Gessler's nunmehr als unvermeidlich
anzusehen ist. Ob die Niederlegung der Leitung des Reichs-
ministeriums zunächst in der Form einer Verurteilung Dr. Gessler's
erfolgt, steht noch dahin. Wahrscheinlicher ist aber die
baldige formelle Genehmigung der Rücktrittswilligkeit. Im Laufe
des heutigen Vormittags sind denn auch bereits Besprechungen
über die Nachfolge Dr. Gessler's eingeleitet worden. In diesem
Zusammenhang erinnert man in parlamentarischen Kreisen an
die Vereinbarung die bei der letzten Kabinettbildung zwischen
den Regierungsparteien getroffen wurde, wonach die Deutsche
Volkspartei das Reichswehrministerium bekommen solle, sobald
der bereits damals abtritt Rücktritt Dr. Gessler's Wirklichkeit
wurde. Unter diesen Umständen hat der Reichspräsident
heute vormittag dem Führer der Reichstagsfraktion der Deut-
schen Volkspartei, Reichsminister A. D. Scholz, den Vorschlag
des Reichswehrministeriums angeboten. Dr. Scholz hat jedoch
abgelehnt, da die parlamentarische Lage gerade in den nächsten
Wochen sein Verbleiben in der Leitung der Fraktion erfordert.
In parlamentarischen Kreisen hält man es nunmehr für wahr-
scheinlich, dass die Frage der Nachfolge Gessler's so gelöst wird,
dass bis zu den Neuwahlen eine kommissarische Besetzung
erfolgt etwa in der Form, dass einer der anderen Reichsmini-
ster die Leitung des Ministeriums mit übernimmt.

Der Einbrecher mit dem eigenen Auto.

Berlin, 13. Jan. Der fröhliche Mechaniker und Chauffeur
Max Ufert, der große Einbrüche in der Provinz organisiert
hat und dann infolge eines Verbleibens aus dem Stadtge-
biet wieder entlassen wurde, ist nach 1 1/2-jähriger Verur-
teilung in der vergangenen Nacht am Belle Alliance-Platz fest-
genommen worden. Ufert hat im Februar 1926 das Postamt
Köpenick ausgebraut und dabei rund 21000 Mark erbeutet. Drin-
gend verurteilt ist er ferner, die Posteinbrüche in Hohenneu-
dorf im Dezember 1925 (30000 Mark), in Berlin im Februar
1926 (25000 Mark) und einen großen Fabrikbruch in Frei-
walde bei Sagan im Mai 1926 (21000 Mark) verurteilt zu haben,
die er noch leugnet. Ufert hatte sich für seine Fahrten in die
Provinz ein großes elegantes Auto angeschafft und bediente
sich der modernsten Einbruchwerkzeuge.

Der Ministerialsekretär Scherz.

Leipzig, 13. Jan. Im Verlauf der heutigen Verhandlung
beflagte sich Scherz über die abfällige Beurteilung seiner
Person in der Presse. Der Präsident verwies ihn auf den Weg
der Privatklage. Es wurde dann festgestellt, dass Scherz sich
einen Postagierstein ins Reichswehrministerium in geradezu
kühnster Weise verschafft hat. Ueberhaupt ist er in
der Falschung auch des kaiserlichen Reichsdokuments Meister
gewesen. Die heute an ihn gerichteten Fragen drückten ihm
immer mehr auf den Kernpunkt der Angelegenheit, er habe die ge-
samten gefälschten Dokumente von vorderein schon unter dem
Gesichtspunkt angefertigt, sie ins Ausland zu verkaufen. Das
betreitet Scherz mit großer Erbitterung.

Die Verfolgung des südtiroler Deutschtums.

Innsbruck, 13. Jan. In Südtirol ereigte die Verhaftung
eines im ganzen Lande bekannten deutschen Priesters das größte
Aufsehen. Es handelt sich um den Herrern von Schloss bei
Altenfeld, Richard Rappaga. Gleichzeitig mit ihm wurden noch
andere Personen des Ortes verhaftet und ins Gefängnis ein-
geschlossen. Rappaga wird beschuldigt an mehreren anti-italieni-
schen Kundgebungen und insbesondere an der Verfestigung von
italienischen Emblemen teilgenommen und sich gewagt zu
haben, vor dem Untersuchungsrichter gewisse Aussagen zu
machen.

Anschlag auf einen jugoslawischen Gerichtsrat.

Belgrad, 13. Jan. In Ustjeb gab eine junge Frau aus
nächster Nähe von hinten mehrere Revolverkugeln auf den Ge-
richtsrat bei der Präfektur Belimir Brulic ab, der schwer ver-
wundet wurde. Die sofort nach der Polizei verhaftete Frau
gab an, dass sie Maria Bulic heiße und aus Telovo in Süd-
serbien komme. Unmittelbar nach dem Attentat richtete Frau
Maria Bulic die Waffe gegen sich und brachte sich eine schwere
Verletzung an Leib bei, die sie später im Hospital erlag. Vor
ihrem Tode machte sie die bereits gemeldeten Angaben über ihre
Person verweigerte jedoch jede Auskunft über die Motive zu
dem Attentat.

Tschechische Waffensendung für China.

Prag, 13. Jan. Der tschechoslowakische Dampfer „Praga“
ist hier mit Ladung von 200 Tonnen, darunter 4000 Ge-
wehre und Munition, im Werte von 2 Millionen Goldböckel
eingeliefert. Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Peking
benutzt sich zurzeit bei der dortigen Regierung um die Einfuhr-
erlaubnis. Die tschechische Presse behauptet, dass die Waffen Krupp-
fabrikat seien.

Anmeldung des B.T.A.: Wie aus dem Berliner Schiffahrts- kreise verläutet, kommen Gewehre und Munition aus der tschechoslowakischen Waffensabrik in Brünn und sind von der tschechoslowakischen Handelsgesellschaft „Ceskoslovia G. m. b. H.“ an die Peking Regierung verkauft worden. Deutschland haben sie nur in Transit veräußert.

Frau Sander hingerichtet.

Newport, 13. Jan. Der Richter am obersten Gerichtshof,
Dowd, hat den der Gattenmörderin Frau Sander und ihrem
Komplizen Gray gewürdet Ausschuss wieder aufgehoben, so
dass die Hinrichtung mittels des elektrischen Stuhles gestern
abend nach 11 Uhr amerikanischer Zeit erfolgte. Auch das aller-
dings nicht riesige Angebot von einem halben Duzend Frauen,
sich an Stelle der Frau Sander hinrichten zu lassen, hat auf
Smith keinen Eindruck gemacht. Frau Sander wurde 11.01
Uhr auf den elektrischen Stuhl gespannt. Sie war vor wahr-
sinniger Angst mehr tot als lebendig, und schrie entsetzlich. Als
der Schrittschalter aufgedreht wurde, den Strom einzuschalten,
schrie sie aus Hebelkräften, unterbrochen von hysterischen An-
fällen: „Berg mir Vater, ich habe geliebt! Jesus habe
Gnade mit mir, vergib ihnen Vater, denn sie wissen nicht, was
sie tun.“ Dreimal mußte der Strom durch den Körper geschickt
werden, ehe der Tod eintrat. Die grauenvolle Szene stellte auch
die Herren der Anwesenden und der anderen Personen, die der
Hinrichtung zugegen waren, auf eine harte Probe. Während
Frau Sander von zwei Gefängniswärterinnen geführt zum elek-
trischen Stuhl gebracht wurde, weil sie jeden Augenblick zu-
sammenzubrechen drohte, ging Gray dem Tode verblüffend
gegenüber entgegen. Er ging allein dem Stuhl zu und ließ sich
ruhig festknallen. Währenddessen murmelte er unaufhörlich
Bete.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Streikenden in Colorado.

Waffenburg (Colorado), 13. Jan. Infolge eines Zusammen-
stoßes zwischen Polizei und Streikenden Bergarbeitern wurde hier
das Ständrecht ausgerufen. Der tschechische Zwischenfall nahm
folgenden Verlauf: 700 Bergleute waren durch die Straßen

nach dem Sitz der Arbeiterpartei gezogen, wo sie von der Polizei
besagert wurden. In den sich dabei abspielenden Kämpfen,
die eine volle Stunde dauerten, wurde ein Streikender getötet,
während mehrere verletzt wurden.

Das Testament eines Wohlhabenden. Das Testament des dieses
Lage in Wien verstorbenen und in seiner Vaterstadt Ungarisch-
Brod in Mähren mit besonderer Feinheit gefertigten ebe-
nenen kaiserlichen Kates und österreichischen Großindustriellen,
des Indus-Exporteurs Alois Schweiger, ist gestern in Anwesen-
heit von 42 Erben eröffnet worden. Alois Schweiger hinterläßt
ein Vermögen von rund 106 Millionen tschechischen Kronen, die
bei New Yorker Bankhäusern in englischen, indischen und ameri-
kanischen Papieren angelegt sind. Schweiger, der ledig war,
hinterläßt seiner Vaterstadt Ungarisch-Brod 5 Prozent dieser
Summe für Unterstützung von Armen ohne Unterschied der
Nation und Konfession. Weitere 25 Prozent der Erbschaft
sollen zur Begründung einer Stiftung für Hochschulpflichtige
und Akademiker. Die restlichen 50 Prozent sollen Angehörigen
des Verstorbenen, allerdings mit der Bedingung zu, daß sie
beruht sind.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsversteigerung sollen die auf Mar-
kung Wildbad belegenen, im Grundbuch von da Heft 34
Abteilung I Nr. 1, 3 und 4 zur Zeit der Eintragung des
Versteigerungsvermerks auf den Namen der
Luise Langsdorf, geb. Eitel, Ehefrau des Heinrich Langs-
dorf, Kaufmanns in Wildbad,
eingetragenen Grundstücke

Parz. Nr. 89: 15 a 73 qm Acker, Grasrain und Heu-
scheuer im Sommerberg.

Parz. Nr. 90: 3 a 83 qm Baumacker und Weide daselbst und
Parz. Nr. 91: 6 a 87 qm Baumacker dort,

gewinndermäßig geschätzt am 10. Januar 1928 und
am 20. Parz. Nr. 89 zu 600 RM., Parz.
Nr. 90 zu 200 RM. und Parz. Nr. 91
zu 300 RM.,

am Montag, den 12. März 1928, nachm. 2 1/2 Uhr,
auf dem Rathaus in Wildbad versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. August 1927 in
das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit
der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grund-
buch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungster-
mine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzu-
melden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu
machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten
Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Ver-
steigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den
übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diesem, welche ein der Versteigerung entgegenstehen-
des Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des
Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des
Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der
Versteigerungserlöses an die Stelle des verfallenen Gegen-
standes tritt.

Wildbad den 11. Januar 1928.
Kommissar: Bezirksnotar Brehm.

Brennholz-Verkauf.

Am kommenden Montag, den 16. ds. Mts., abends
7 Uhr, kommen auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich
zum Verkauf:

Aus Abt. Ebersberg: 47 Km. Buchen- und 5 Km.
Nadelholz.

Aus Abtlg. Schmirrosen, Ebersberg und Anberg:
35 Schlagsammeln in Flächenlos.

Ferner vom Friedhof zwei Löße Schlagraum und ein
Los Birkenholz.

Birkenfeld, 12. Januar 1928.
Gemeindeförderung: Bolay.

Schüler-Anmeldung.

Für das neue Schuljahr sind unter Vorlegung des
Impfheftes alle Kinder anzumelden, die in der Zeit vom
1. Mai 1921 bis 30. April 1922 geboren sind. Die An-
meldung hat auch zu erfolgen, wenn Kinder körperlicher
oder geistiger Gebrechen wegen noch nicht schulpflichtig sind oder
nie schulpflichtig werden.

Die Anmeldung findet statt am Mittwoch den 18. Ja-
nuar d. S., nachm. von 4-6 Uhr, im Handarbeitsaal.

Birkenfeld, den 14. Januar 1928.
Ev. Volksschulrektoraat:
Fauth.

Gemeinde Arnbach.

Laubstammholz- u. Stangen-Verkauf.

Die Gemeinde bringt am Mittwoch den 18. Ja-
nuar 1928 auf dem Rathaus in Arnbach im öffentlichen
Aufstreich zum Verkauf:

A) Laub-Stammholz:
Buchen: 2,42 Fm. II. Kl., 0,75 Fm. III. Kl., 4,29 Fm.
IV. Klasse, 0,98 Fm. V. Kl. Eichen: 0,50 Fm. V. Klasse,
1,12 Fm. VI. Kl. Birken: 0,38 Fm. V. Kl., 0,18 Fm. VI. Kl.

B) Stangen:
Bauftangen: 10 l. Klasse, 85 l. Kl., 206 l. Kl., 184
III. Kl.; Bau-(Hag-)Stangen: 211 IV. Kl., 572 V. Kl.;
Hopsentangen: 318 l. Kl., 498 II. Kl., 364 III. Kl., 223
IV. Kl.; Rebstecken: 293 l. Kl., 76 II. Kl.; Bohnenstecken:
55 Stück; Eichene Drehstangen: 66 l. Kl., 15 II. Kl.

Liebhader sind eingeladen.
Den 14. Januar 1928.

Gemeinderat.

